



▲ Bis in die späten Donnerstagabend-Stunden debattierte der Landtag über Finanzen, Gesundheit und Co. Die Sitzung wurde diesmal auch von Aktivistinnen und Aktivisten verfolgt, die sich gegen den „Gesundheitsplan 2040+“ aussprechen. Der Protest verlief allerdings still.

Foto: Philipp Grabner

tierte etwa NEOS-Fraktions- sprecherin Indra Collini. Und auch die SPÖ, die in der Landes- regierung ja zugestimmt hatte, bemängelte das Zahlenwerk – was bei den Koalitionären für Unverständnis sorgte. Man lebe in herausfordernden Zeiten, eine Budgetplanung über mehrere Jahre sei noch herausfordernder – und: Viele Dinge, etwa Kriege, habe man nicht vorhersehen können, erklärte ÖVP-Abgeordneter Anton Erber.

• **Deregulierungsgesetz.** Kontroversiell verlief auch die Debatte zum sogenannten Deregulierungsgesetz, eingebracht von der ÖVP. Im Zuge der „Aufga- benkritik“ des Landes wurden

damit 33 Landesgesetze ent- rümpelt und drei überhaupt ge- strichen. Ein Gesetzbuch sei „kein Geschichtsbuch“, weshalb man es auch immer wieder an- passen müsse, argumentierte ÖVP-Mandatar Bernhard Hein- reichsberger die Maßnahme. Es gehe um „Effizienz, Transpa- renz und Bürgernähe“, meinte er. In dem Paket enthalten ist et- wa die Abschaffung der Gebiets- bauämter. Gelten sollen die Än- derungen ab 1. Jänner 2026.

Tenor der Kritik aus den Oppositiionsreihen: Das sei viel zu wenig, das Paket enthalte lediglich „Mini-Schritte“ (so NEOS-Chefin Indra Collini). Schließlich stimmten ÖVP, FPÖ und NEOS zur Gänze für das Pa-



Übte deutli- che Kritik an Wiens Ge- sundheits- stadtrat: Kurt Hackl (ÖVP). Foto: Grabner



Plädierte für eine „Ge- sundheits- region Ost“: Karin Scheele (SPÖ). Foto: SPÖ



Gesundheits- agenden sol- len an den Bund gehen: Silvia Moser (Grüne). Foto: Brand



Verstärkt die NEOS-Frak- tion: der Perchtoldsdorfer Christoph Müller. Foto: NEOS

ket, die SPÖ tat dies nur teilweise, die Grünen lehnten die Punkte zur Gänze ab.

• **„Gesundheitsregion Ost“.** Am intensivsten wurde aber der Vorstoß der SPÖ, eine gemeinsame „Gesundheitsregion Ost“ zu schaffen, debattiert. Ziel müsse eine gemeinsame regionale Ge- sundheitsplanung der Bundes- länder Wien, NÖ und Burgen- land sein, so SPÖ-Abgeordnete Karin Scheele, die – mit Blick auf die Debatte rund um Gast- patienten – „für ein Ende der Schuldzuweisungen“ plädierte.

Volkspartei und Freiheitli- che verwiesen auf bestehende Vereinbarungen. Im Rahmen des Finanzausgleichs würden

500 Millionen Euro nach Wien überwiesen – eben für die Be- handlung von Gastpatientinnen und -patienten, so ÖVP-Manda- tar Franz Dinhobl. Unter ande- rem von „seinem“ Klubobmann Kurt Hackl gab es auch deutliche Kritik an Wiens Gesundheits- stadtrat Peter Hacker (SPÖ), welcher etwa getrennte Warte- listen für Gastpatienten ange- kündigt hatte. „Was die Wiener tun, ist gegen die Menschen in Niederösterreich“, so Hackl. Recht bekam er hier von FPÖ- Klubchef Reinhard Teufel.

Während die NEOS den Vorstoß der SPÖ unterstützten, plädierten die Grünen dafür, die Gesundheitsagenden in Bun- deskompetenz zu geben.

LANDES-LANDWIRTSCHAFTSKAMMERWAHL

Kein Erfolg für Anfechtung

Begehren des UBV scheiterte aus formalen Gründen. Bauernbund sieht sich bestätigt.

Weil das Wahlsystem „nicht dem modernen Standard“ ent- spreche und es sich die Mehr- heitsfraktionen „richten“ habe können, beschritt der Unabhän- gige Bauernverband (UBV) nach der Landes-Landwirtschafts- kammerwahl im März den Rechtsweg. Ohne Erfolg, wie

seit der Vorwoche klar ist: Der Verfassungsgerichtshof hat die Anfechtung nämlich zurückge- wiesen – ausschlaggebend da- für seien formale Gründe gewe- sen, betont der VfGH – weshalb auch gar keine inhaltliche Prü- fung der Wahl stattfand. Im Bü- ro des ÖVP-Bauernbundes sieht

man sich jedenfalls bestätigt: Spitzenkandidat Johannes Schmuckenschlager ortet „ein wichtiges Signal der Stabilität“. Eine Neuwahl hätte „weitreichende negative Folgen gehabt. Gut, dass nun Klarheit herrscht und wir uns weiter auf die Arbeit für unsere bäuerlichen Familiengeschäfte konzentrieren können“, so der Kammerpräsident.

Insgesamt waren am 9. März exakt 155.056 Personen

stimmberechtigt gewesen – neben Bäuerinnen und Bauern alle Personen mit land- oder forstwirtschaftlichem Grundbe- sitz. Die Wahlbeteiligung lag bei 46,6 Prozent. Neben der Vollver- sammlung in der Landes-Land- wirtschaftskammer wurde auch über die Zusammensetzung der 21 Bezirksbauernkammern ent- schieden. Der Bauernbund lan- dete landesweit mit 82 Prozent klar auf Platz eins. -pg-